

# Investitionen in den Ausbau der digitalen Infrastruktur

Briefing

Januar 2026

# Investitionen in den Ausbau der digitalen Infrastruktur



## I. Einleitung

Die Bundesregierung strebt eine Modernisierung der digitalen Infrastruktur in Deutschland an. Geplant sind umfassende Investitionen in Milliardenhöhe in den Ausbau der digitalen Infrastruktur sowie eine Optimierung der rechtlichen Rahmenbedingungen. Ihre Ziele führt die Bundesregierung unter anderem in ihrer Digitalstrategie,<sup>1</sup> der Modernisierungsagenda für Staat und Verwaltung (Bund)<sup>2</sup> und der Nationalen Rechenzentrumsstrategie<sup>3</sup> aus.

Unter dem Begriff der „digitalen Infrastruktur“ lassen sich in Anlehnung an die Vorhaben der Bundesregierung verschiedene Bereiche zusammenfassen.<sup>4</sup> Diese umfassen zunächst die physischen Kabelleitungen, mit denen Telekommunikationsnetze errichtet werden, um den Datenverkehr zu ermöglichen. An die Telekommunikationsnetze angeschlossen sind als Nutzer – mit unterschiedlichen Anforderungen und Voraussetzungen – sowohl Unternehmen, die öffentliche Verwaltung als auch die privaten Haushalte. Besonders im industriellen Kontext, in dem ein Bedürfnis nach erhöhter, gebündelter Rechenleistung besteht, sind zwischen das Telekommunikationsnetz und den Endnutzer Rechenzentren geschaltet. Diese sind entweder lokal eingerichtet und an das betreibende Unternehmen gebunden oder als dezentrale Rechenzentren ausgestaltet. Dezentrale Rechenzentren ermöglichen Nutzern, durch Cloud-Computing-Systeme über das Internet je nach Bedarf auf die dezentral zur Verfügung gestellten Rechenleistungen zuzugreifen.

Von gewöhnlichen Rechenzentren zu unterscheiden, jedoch gleichwohl zur digitalen Infrastruktur zu zählen, sind AI-Gigafactories (auch „Hyper-

scale-“ oder KI-Rechenzentren). Diese bieten durch umfassende Hardware hochleistungsfähige Grafikprozessoren und Rechenleistungen und erfüllen so die Anforderungen an die Durchführung von KI-Prozessen. Sie können daneben auch für andere Zwecke, wie Datenanalyse, -verarbeitung und -speicherung, genutzt werden.

Im Rahmen des staatlichen Modernisierungsvorhabens sind vom Begriff der digitalen Infrastruktur nicht zuletzt auch der digitale Zugang der Bürger zur Wahrnehmung der Leistungsangebote des Staates und Erbringung der Pflichten gegenüber dem Staat sowie die Arbeitsprozesse innerhalb der Verwaltung umfasst.

## II. Geplante Investitionen in die digitale Infrastruktur

In ihrem Koalitionsvertrag hat sich die aktuelle Bundesregierung zum Ziel gesetzt, „Deutschland auf die digitale Überholspur“ zu bringen und die Digitalpolitik auf Souveränität, Innovation und gesellschaftlichen Fortschritt auszurichten.<sup>5</sup> Hierzu wurden in zahlreichen Strategiepapieren umfassende Rechtsanpassungen und Investitionen in Aussicht gestellt. Neben dem Ausbau des Telekommunikationsnetzes (hierzu **Ziffer 1**) und der Modernisierung von Staat und Verwaltung auf Bundesebene (hierzu **Ziffer 2**) soll insbesondere der Bau neuer Rechenzentren und von AI-Gigafactories gefördert werden (hierzu **Ziffer 3**). Schließlich sollen auch aus dem Sondervermögen Infrastruktur Investitionen in die digitale Infrastruktur erfolgen (hierzu **Ziffer 4**).

<sup>1</sup> [Digitalstrategie der Bundesregierung](#), abgerufen am 22.01.2026.

<sup>2</sup> [Modernisierungsagenda – für Staat und Verwaltung \(Bund\)](#), abgerufen am 22.01.2026.

<sup>3</sup> [Nationale Rechenzentrumsstrategie](#), abgerufen am 22.01.2026.

<sup>4</sup> Siehe für eine ausführliche Definition des Begriffs der „digitalen Infrastruktur“ auch [Infra-structurist](#) und [Open Next](#).

<sup>5</sup> [Koalitionsvertrag 2025](#), Ziff. 2140 ff., abgerufen am 29.01.2026.

## 1. Ausbau des Telekommunikationsnetzes

Mit Beschluss vom 31. August 2025 hat die Bundesregierung ihre Digitalstrategie für Deutschland verabschiedet.<sup>6</sup> Darin formuliert sie ein Zielbild für den digitalen Fortschritt bis 2030. Konkret sieht die Digitalstrategie der Bundesregierung vor, dass bis Ende 2030 alle Haushalte und wirtschaftlichen Betriebe flächendeckend mit einer Glasfaserleitung versorgt und in Deutschland flächendeckend der Mobilfunkstandard 5G durch mindestens einen Netzbetreiber sichergestellt sein soll. Zur Umsetzung der Digitalstrategie hat der Bundestag eine Änderung des Telekommunikationsgesetzes („TKG“) beschlossen. Nunmehr stellt § 1 Abs. 1 TKG fest, dass der Ausbau des Telekommunikationsnetzes im überragenden öffentlichen Interesse liegt. Hierdurch soll insbesondere Planungsvorhaben zum Mobilfunk- und Glasfaserausbau im Genehmigungsverfahren ein besonderes Gewicht zukommen und diese so beschleunigt werden. Hiermit möchte die Bundesregierung dem noch immer großen Handlungsbedarf beim Ausbau des Telekommunikationsnetzes begegnen: Während zwar ca. 93 % der Fläche Deutschlands mit dem Mobilfunkstandard 5G durch mindestens einen Netzbetreiber versorgt sind und ca. 76 % aller Haushalte über einen Gigabit-Anschluss verfügen, sind nur 35 % aller Haushalte mit einem Glasfaseranschluss ausgestattet.<sup>7</sup>

## 2. Modernisierung von Staat und Verwaltung auf Bundesebene

Daneben hat die Bundesregierung am 1. Oktober 2025 eine Modernisierungsagenda für Staat und Verwaltung auf Bundesebene beschlossen. In der Modernisierungsagenda kündigt die Bundesregierung unter anderem an, staatliche Entscheidungen, Prozesse und Strukturen durch eine umfassende Digitalisierung der Verwaltung zu optimieren.

Einerseits sollen Verwaltungsvorgänge durch die Digitalisierung von Leistungsanträgen und die elektronische Abwicklung des sich anschließenden Verfahrens beschleunigt und deren Wahrnehmung für Unternehmen und Bürger nutzerfreundlicher ausgestaltet werden. Angestrebt ist ferner, durch einheitliche Schnittstellen, zentrale Portale und standardisierte Datenformate den Vollzug von Gesetzen zu vereinheitlichen. Unter-

nehmen und Bürger sollen damit schneller, transparenter und papierlos mit Behörden kommunizieren können. Unter anderem beabsichtigt die Bundesregierung, eine Unternehmensgründung online und innerhalb von 24 Stunden zu ermöglichen. Zudem sollen auch einzelne Leistungen und Dokumentationspflichten vollständig digitalisiert werden, wie beispielsweise der Führerschein und Fahrzeugschein. Mit der Modernisierungsagenda strebt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang an, ihre sich aus § 6 E-Government-Gesetz ergebende Pflicht zu erfüllen, bis Ende 2029 die wesentlichen Verwaltungsleistungen des Bundes Ende-zu-Ende (E2E) zu digitalisieren.

Andererseits ist geplant, die Effizienz der Bundesverwaltung durch eine Digitalisierung interner Prozesse und den Einsatz von KI zu steigern. Beispielsweise sollen standardisierbare Arbeitsvorgänge so weit wie möglich automatisiert werden und eine KI-basierte Prüfung von Antragsverfahren rechtlich und tatsächlich implementiert werden. Die Vorhaben sind Teil des sogenannten Deutschland-Stack (auch „D-Stack“), einer vorgesehenen technisch sicheren, interoperablen, souveränen Technologie-Plattform zur Digitalisierung der Verwaltung.

Für die Verwaltung bedeuten die beabsichtigten Modernisierungsvorhaben einen massiven Umbau ihrer Arbeitsweise. Bundesbehörden und im Bundesauftrag tätige kommunale Stellen müssen ihre IT-Systeme modernisieren, Arbeitsvorgänge digitalisieren, Schnittstellen harmonisieren und Personal gezielt schulen.

## 3. Bau neuer Rechenzentren und AI-Gigafactories

Zur Stärkung Deutschlands als Standort für Rechenzentren hat die Bundesregierung die Ausarbeitung einer Nationalen Rechenzentrumsstrategie angekündigt. Demnach plant der Bund neben einer Anschubfinanzierung von 805 Millionen Euro, selbst als Großkunde für Rechenleistung aufzutreten.<sup>8</sup> Laut Entwurf des Strategiepapiers sollen sich die Rechenkapazitäten in Deutschland bis 2030 mindestens verdoppeln, die Rechenkapazitäten für KI mindestens vervierfachen. Konkret sollen die Ansiedlung einer AI-Gigafactory forciert, die KI-Kapazitäten und Datenökosysteme für

<sup>6</sup> [BMV – Digitalstrategie der Bundesregierung](#), abgerufen am 26.01.2026.

<sup>7</sup> [Bundesregierung, Ausbau digitaler Infrastruktur – Schnelles Internet für alle](#), abgerufen am 26.01.2026.

<sup>8</sup> Vgl. Handelsblatt vom 13.01.2025: [Bund will AI Gigafactory fördern – und selbst Großkunde werden](#) (paywall).



nationales Hochleistungsrechnen ausgeweitet und der Kauf von Quantencomputern durch Forschungseinrichtungen unterstützt werden.

Angestrebt werden im Bereich der Energieversorgung der Netzbetreiber unter anderem Verbesserungen im Vergabeverfahren für Netzbetreiber, die Einführung von Branchenstandards für flexible Netzanschlussvereinbarungen, die Fortführung zugunsten von Rechenzentren wirkender Staatszuschüsse zu EEG und Netzkosten, die Einbeziehung von Rechenzentren in die Strompreiskompensation sowie die Entwicklung eines Konzepts zur Ausweisung von Vorzugsflächen. Die Strategie des Bundes sieht auch vor, dass der Souveränitätsgedanke von Deutschland und der EU priorisiert werden soll.<sup>9</sup>

Mit Blick auf AI-Gigafactories verfolgt die Europäische Kommission mit ihrem KI-Innovationspaket 2024, dem Kompass für Wettbewerbsfähigkeit 2025, dem „AI Continent Action Plan“, der „Apply AI Strategy“ und der „InvestAI“-Initiative die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der EU auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz durch Investitionen in einer Gesamthöhe von EUR 200 Mrd. Geplant ist unter anderem die Unterstützung für den Bau von vier bis fünf AI-Gigafactories durch Bereitstellung eines EUR 20 Mrd. umfassenden Investitionsfonds.<sup>10</sup> Zur Umsetzung des Vorhabens hat die Europäische Kommission einen Entwurf zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/1173 vom 13. Juli 2021 („EuroHPC-Verordnung“)<sup>11</sup> veröffentlicht. Geplant ist zunächst die Gründung eines gemeinsamen Unternehmens für europäisches Hochleistungsrechnen („EuroHPC JU“). Dieses soll maßgeblich das Auswahlverfahren für Bewerber um die Errichtung und den Betrieb der geförderten AI-Gigafactories leiten. Als Voraussetzung für eine Förderung sieht der EuroHPC-Verordnungsentwurf die Eingehung einer Public-Private Partnership zwischen dem den Zuschlag erhaltenden AI-Gigafactory-Konsortium und dem EuroHPC JU vor. Ferner wird der Förderumfang seitens der EU auf einen Finanzbeitrag von bis zu 17 % der Investitionsausgaben (CAPEX) für die gesamte Recheninfrastruktur der AI-Gigafactory oder einen im Voraus vereinbarten garantierten „Kauf“ von Zugangszeiten zur AI-Gigafactory festgelegt. Daneben soll der gleiche Finanzbeitrag von einem teilnehmenden Staat geleistet werden, welcher damit als Förderer neben die EU tritt. Die verbleibenden Investi-

tionen sowie die Betriebsausgaben (OPEX) der AI-Gigafactory sind von dem AI-Gigafactory-Konsortium selbst zu tragen. Möglich soll auch der Ausbau einer AI-Factory zu einer AI-Gigafactory sein – hier werden bereits geleistete finanzielle Unterstützungen teilweise angerechnet.

#### 4. Investitionen aus dem Sondervermögen Infrastruktur in die digitale Infrastruktur

Mit Beschluss des 20. Deutschen Bundestages am 18. März 2025 und des Bundesrates am 21. März 2025 hat der Gesetzgeber durch Grundgesetzänderung mit der Einführung des neuen Art. 143h GG die Grundlage geschaffen für die Einrichtung eines Sondervermögens für Infrastruktur und Investitionen zur Erreichung der Klimaneutralität durch Bundesgesetz. Vorgesehen war von Beginn an, einen Teil des Sondervermögens auch zum Ausbau der digitalen Infrastruktur einzusetzen.<sup>12</sup>

Mit dem Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität („SVIKG“) hat der 21. Deutsche Bundestag am 18. September 2025 auf Grundlage des Art. 143h Abs. 1 Satz 6 GG die Errichtung eines Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaneutralität verabschiedet. Das Sondervermögen umfasst EUR 500 Mrd. und dient zur Finanzierung zusätzlicher, d.h. über im Bundeshaushalt bereits vorgesehene Ausgaben hinausgehender Investitionen über einen Zeitraum von zwölf Jahren.

Aus dem Sondervermögen werden 100 Mrd. dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) zugeführt.<sup>13</sup> Weitere EUR 100 Mrd. stehen den Ländern für Investitionen in ihre Infrastruktur zur Verfügung.<sup>14</sup> Die Länder und Kommunen haben signalisiert, Teile davon für Digitalisierungsprojekte aufzuwenden.<sup>15</sup> Die übrigen EUR 300 Mrd. entfallen nach Maßgabe des SVIKG auf Investitionen des Bundes. In diesem Zusammenhang sind nach § 4 Abs. 1 Nr. 7 SVIKG auch für Investitionen des Bundes Ausgaben zum Ausbau der digitalen Infrastruktur (wörtlich „Digitalisierung“) vorgesehen.

Die Verwendung der für den Bund vorgesehenen Investitionen wird jährlich als Anlage zum Bundeshaushalt durch einen Wirtschaftsplan festge-

<sup>9</sup> [Nationale Rechenzentrumsstrategie](#), abgerufen am 29.01.2026

<sup>10</sup> [Europäische Kommission, Pressemitteilung vom 11.02.2025](#), abgerufen am 29.01.2026.

<sup>11</sup> [Entwurf zur Änderung der Verordnung \(EU\) 2021/1173](#).

<sup>12</sup> Vgl. bereits den [Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes](#), S. 9 f. und 13 (paywall).

<sup>13</sup> Vgl. Art. 143h Abs. 1 Satz 5 GG.

<sup>14</sup> Vgl. Art. 143h Abs. 2 GG, § 3 SVIKG.

<sup>15</sup> Siehe z.B. für das Land NRW, auf das rund EUR 21,1 Mrd. der Investitionssumme der Länder fallen [Nordrhein-Westfalen-Plan für gute Infrastruktur](#), abgerufen am 29.10.2025. Darüber hinaus wendet NRW weitere EUR 10,1 Mrd. aus anderen Mitteln für ein insgesamt EUR 31,2 Mrd. umfassendes Investitionspaket in die Infrastruktur des Landes auf.

legt. Für das Jahr 2025 wurde die Verausgabung der Mittel aus dem Sondervermögen durch den rückwirkend zum 1. Januar 2025 in Kraft getretenen [Wirtschaftsplan 2025](#) bestimmt. Im Dezember 2025 hat der Bundestag im Zuge der Verabschiedung des Bundeshaushaltes 2026 auch den Wirtschaftsplan 2026 beschlossen. Während der Wirtschaftsplan 2025 neben Ausgaben in Höhe von EUR 37 Mrd. auch Verpflichtungsermächtigungen von EUR 87,5 Mrd. für künftige Haushaltsjahre, welche gestaffelt über die nächsten 20 Jahre fällig werden, vorsieht, sind für das Jahr 2026 Ausgaben in Höhe von knapp EUR 58,9 Mrd. und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von rund EUR 80,4 Mrd. vorgesehen.

Im Bereich Digitalisierung sind im Wirtschaftsplan 2025 Ausgaben von EUR 4 Mrd. vorgesehen, im Wirtschaftsplan 2026 sogar Ausgaben in Höhe von EUR 8,5 Mrd. Dabei sind zahlreiche Maßnahmen im Bereich der Verwaltungsmodernisierung geplant, die für Dienstleister aus dem IT-Bereich weitreichende Möglichkeiten eröffnen. Insbesondere stehen Mittel für die „digitale Brieftasche“, das sog. EUDI-Wallet/Identitätsökosystem, bereit. Nach Maßgabe der reformierten eIDAS-Verordnung, welche zum 20. Mai 2024 in Kraft getreten ist, müssen alle EU-Mitgliedstaaten ihren Bürgern im Jahr 2026 ein „EUDI-Wallet“ anbieten, welches auf einheitlichen technischen Standards basiert.

Weitere mit Zuweisungen in den Wirtschaftsplänen 2025 und 2026 des Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaneutralität ausgestattete Digitalisierungsprojekte sind der Aufbau eines Bürgerkontos/Infrastruktur und die Modernisierung der Registerlandschaft. Daraus ergeben sich für innovative Unternehmen breitgefächerte Tätigkeitsfelder entlang der gesamten Umsetzungskette wie die digitale Konzeption von Identitäts- und Bürgerkontoplattformen nebst Registerharmonisierung und -migration von und in bestehende Systeme.

Schließlich sehen die Wirtschaftspläne 2025 und 2026 den Mobilfunk- und Breitbandausbau als Infrastrukturpfeiler der digitalen Daseinsvorsorge vor. So ist für den flächendeckenden Breitbandausbau eine Verpflichtungsermächtigung für die Jahre 2026 bis 2046 in Höhe von insgesamt EUR 1,8 Mrd. vorgesehen. Auch hierbei sind die wettbewerbsrechtlichen

und regulatorischen Rahmenbedingungen einzuhalten, sodass sowohl die öffentliche Hand als auch Unternehmen frühzeitig das Verfahren und die Durchführung planen sollten.

### III. Was bedeutet das für Unternehmen?

Die von der Bundesregierung bereits beschlossenen und in Aussicht gestellten Investitionen in den Ausbau der digitalen Infrastruktur in Milliardenhöhe sowie die parallel verfolgte Optimierung der rechtlichen Rahmenbedingungen bieten für Unternehmen und Investoren ein enormes wirtschaftliches Potenzial. Aufgrund der engen zeitlichen Ziele seitens der Bundesregierung und der EU sowie der teils neuartigen Anforderungen an Vergabeverfahren stehen Beteiligte jedoch auch vor praktischen und rechtlichen Herausforderungen bei der Auftragsakquise und -umsetzung.

Einerseits handelt es sich um Projekte, die in kurzer Zeit rechtlich und tatsächlich umsetzungsreif gemacht werden müssen. Dies erfordert in allen Schritten der Projektverwirklichung ein enges Zusammenspiel zwischen wirtschaftlicher, technischer und rechtlicher Kompetenz, angefangen in der Planungs- und Bewerbungsphase.

Andererseits ist trotz der angestrebten Optimierung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Infrastrukturprojekte eine Zunahme komplexer Genehmigungs- und Finanzierungsverfahren zu erkennen und auch künftig abzusehen. Zu berücksichtigen sind hier neben sich stetig wandelnden vergaberechtlichen Aspekten insbesondere förderrechtliche und EU-beihilfenrechtliche Vorgaben sowie Nachhaltigkeitsanforderungen und die EU-Taxonomie. Hinzu tritt der Umgang mit neuen rechtlichen Strukturen wie dem Sondervermögen für Infrastruktur oder im Fall von AI-Gigafactories dem EU-rechtlichen Erfordernis der Gründung eines AI-Gigafactory-Konsortiums.

## IV. Rechtliche Herausforderungen

Unternehmen und Investoren wie auch die öffentliche Hand sind daher gut beraten, frühzeitig auch die rechtlichen Anforderungen an digitale Infrastrukturprojekte in deren Entwicklung einzubeziehen. Erforderlich ist hierzu ein ganzheitlicher Blick, um die Auftragsakquise und -umsetzung zu optimieren, von der Planung und Bewerbung über die Realisierung des Projekts bis zu dessen langfristigem Betrieb.

### 1. Erfüllung bzw. Einhaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen

Zentral sind zunächst ein umfassendes Verständnis der rechtlichen Rahmenbedingungen für Investitionen in die digitale Infrastruktur und die Erarbeitung strategischer Leitplanken. Diese unterscheiden sich stark nach Art der konkreten Investition und erfordern daher umfassende Sektor- und Branchenexpertise.

So bilden für den Netzausbau das TKG und der kürzlich in Kraft getretene Gigabit Infrastructure Act den Rahmen mit Anzeigepflichten bei der Bundesnetzagentur, Wegerechten zur Nutzung öffentlicher Verkehrswege sowie Mitnutzungs- und Mitverlegungspflichten, ergänzt durch Bau-, Planungs-, Umwelt- und KRITIS-Vorgaben. Die Verwaltungsdigitalisierung wird im Wesentlichen durch das Onlinezugangsgesetz und das OZG-2.0 geprägt, die Bund, Länder und Kommunen verpflichten, ihre Leistungen über verknüpfte Verwaltungsportale digital bereitzustellen, gestützt durch E-Government-Gesetze, Datenschutzrecht (DSGVO/BDSG) und IT-Sicherheitsrecht (BSIG, NIS-2-Umsetzung). Der Bau und Betrieb von Rechenzentren unterliegt vor allem dem Planungs- und Bauordnungsrecht (BauGB, Landesbauordnungen) sowie zunehmend strengen energie- und klimapolitischen Vorgaben wie dem Energieeffizienzgesetz für Rechenzentren (Effizienzkennzahlen, erneuerbare Energien, Abwärmenutzung) und IT-Sicherheits- und KRITIS-Regeln, wenn kritische Dienste erbracht werden. Daneben gelten je nach konkreter Aufgabe spezifische Anforderungen der Digitalregulierung einschließlich des AI Act, des Data Act und des Cyber Resilience Act. Quer durch alle Bereiche gelten darüber hinaus arbeits-, gewerbe- und datenschutzrechtliche Anforderungen, sodass

digitale Infrastruktur heute an der Schnittstelle von Telekommunikations-, Verwaltungs-, Energie-, Sicherheitsrecht und Digitalgesetzen reguliert wird.

### 2. Vergaberecht

Das Vergaberecht betrifft sowohl öffentliche Auftraggeber als auch Unternehmen, die sich regelmäßig oder ggf. auch erstmalig an öffentlichen Ausschreibungen beteiligen. Schätzungen zufolge wird der Einsatz von Mitteln aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität einen deutlichen Anstieg des Beschaffungsvolumens der öffentlichen Hand zur Folge haben. Aufseiten öffentlicher Auftraggeber bringt dies zusätzliche Komplexitäten mit sich, insbesondere vor dem Hintergrund beschleunigter Investitionen in zentrale Infrastrukturen, wie etwa die digitale Infrastruktur. Öffentliche Auftraggeber müssen daher ihre Beschaffungs- und Vergabeprozesse gezielt optimieren, indem sie die auch aus dem Vergabebeschleunigungsgesetz resultierenden Potenziale adaptieren und nutzen, um Investitionen in die digitale Infrastruktur möglichst zeitnah effizient und zielgerichtet umsetzen zu können. Hierfür kommen insbesondere die nach dem Vergabebeschleunigungsgesetz geplanten Flexibilisierungen beim Losgrundsatz, die Zulassung von Nebenangeboten, die Nutzung funktionaler Leistungsbeschreibungen mit konkreten Funktionsanforderungen sowie die erweiterten Regelungen zur Nachforderung von Unterlagen in Betracht.

### 3. Aktivierung von Investitionen der Privatwirtschaft und Kooperationen

Zusätzlich zu den staatlichen Investitionsmitteln werden erhebliche Investitionen aus der Privatwirtschaft erforderlich sein, um den umfassenden Ausbau der digitalen Infrastruktur in der gewünschten Zeit zu schaffen. Unterschiedliche Investitionsmöglichkeiten – Fremd- oder Eigenkapital sowie gemischte Finanzierungsformen – können grundsätzlich in allen Ausbaustadien zum Einsatz kommen, wenn die rechtlichen Rahmenbedingungen verlässlich sind und die Investitionskriterien der jeweiligen Investoren an das entsprechende Projekt erfüllt werden (z.B. Bankability

bei Finanzinvestoren). Neben dem Verständnis der rechtlichen Rahmenbedingung kommt es hierbei auch insbesondere auf die Analyse und Prüfung der projektspezifischen, kommerziellen Risiken an.

Aufgrund des großen Kapitalbedarfes und des Anstiegs des Beschaffungsvolumens schon allein der öffentlichen Hand werden Kooperationen verschiedener Investoren oder zwischen Unternehmen der öffentlichen Hand und Privaten, sogenannte Public-Private Partnerships („PPPs“), wieder zunehmend an Bedeutung gewinnen. Die Gestaltungsmöglichkeiten solcher Kooperationen sind vielfältig. Sie ermöglichen es, (finanzielle) Ressourcen, technisches Wissen und Innovationskraft zu bündeln. Öffentliche Akteure profitieren hierbei von der Effizienz und Markterfahrung privater Unternehmen bzw. von Finanzinvestoren, während diese Zugang zu langfristigen Projekten, stabilen Rahmenbedingungen und öffentlicher Nachfrage erhalten. Besonders bei regionalen oder sektoralen Digitalprojekten können kooperative Modelle flexibel und zielgerichtet eingesetzt werden. PPP gehen einen Schritt weiter, indem Finanzierung, Bau, Betrieb und teilweise auch das Risiko digitaler Infrastrukturen vertraglich zwischen Staat und Privatwirtschaft aufgeteilt werden. Ziel ist es, Investitionslücken zu schließen, öffentliche Haushalte zu entlasten und Projekte schneller umzusetzen. Typische Anwendungsfelder für PPPs sind der flächendeckende Glasfaserausbau, digitale Bildungs- und Verwaltungsinfrastrukturen oder Smart-City-Lösungen.

Entscheidend für den Erfolg von Kooperationen und PPPs sind klare Zieldefinitionen, transparente Corporate-Governance- und Vertragsstrukturen, eine faire Risikoallokation sowie eine langfristige Sicherstellung von Qualität und Datensicherheit, auch bei einem möglichen Exit eines der Kooperationspartner. Die Kooperation sollte für alle Beteiligten einen Mehrwert bieten. Das ordnungsgemäße Aufsetzen solcher Kooperationen ist daher von immenser Bedeutung und sollte im Projektzeitplan bzw. bei der Ausschreibung von PPP-Projekten bereits berücksichtigt und die für die passende Ausgestaltung erforderliche Zeit einkalkuliert werden. Richtig gestaltet können sie einen zentralen Betrag zur nachhaltigen Finanzierung und zum zügigen Ausbau digitaler Infrastruktur leisten.

#### 4. Subventionsrecht

Es ist davon auszugehen, dass ein Großteil der nach dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität vorgesehenen Investitionen in Form von staatlichen Fördermitteln erfolgt. Auch die Investitionen in die von der EU geförderten AI-Gigafactories sollen durch Förderungen an PPPs an AI-Gigafactory-Konsortien und das EuroHPC JU realisiert werden, welches die Auswahlverfahren für Bewerber um die Errichtung und den Betrieb der geförderten AI-Gigafactories durchführt. Von entscheidender Bedeutung sind dabei die Einhaltung der geltenden Förderbedingungen und die Sicherstellung einer zweckentsprechenden (Förder-) Mittelverwendung.

#### 5. Gestaltung und Verhandlung komplexer Verträge

Investitionen in digitale Infrastruktur gehen mit einer Vielzahl von komplexen Vertriebs- und Beschaffungsvereinbarungen einher. Bei der Gestaltung und Verhandlung solcher Verträge treffen klassisches Zivilvertragsrecht (BGB/HGB) und öffentliches Vergaberecht (insb. GWB, VgV, SektVO) auf hochspezielle Anforderungen im Zusammenhang mit IT- und Telekommunikationsleistungen. In Liefer-, Projekt- und Rahmenverträgen stehen regelmäßig Themen wie Leistungsbeschreibung, Ausbaustufen, SLAs/KPIs, Abnahme- und Vergütungsmodelle (Milestones, Pauschalen, Nutzungsentgelte), Haftung, Gewährleistung, IP-Rechte, Datennutzung, Informationssicherheit sowie Schnittstellen zu Subunternehmern und Betreibern im Vordergrund, häufig eingebettet in komplexe Multi-Vendor-Setups. Im öffentlichen Bereich bilden die EVB-IT als standardisierte Vertragsmuster für die Beschaffung von Hard- und Software, Pflege-, Projekt- und Systemleistungen den zentralen Referenzrahmen, der in Ausschreibungen und Vertragsverhandlungen angepasst und mit spezifischen netz- oder rechenzentrumsbezogenen Regelungen (z.B. zu KRITIS, NIS-2, DSGVO, Energieeffizienz) angereichert wird. Für Vertriebs- und Kooperationsmodelle (z.B. Reseller, Wholesale, Open-Access-Modelle bei Glasfaser) kommen kartell- und beihilferechtliche Grenzen, Entgelt- und Diskriminierungsfragen sowie komplexe Regelungen zur Verantwortungs-

teilung in Betrieb, Support und Security hinzu, sodass Vertragsverhandlungen regelmäßig zu einem interdisziplinären Abgleich von Technik, Regulierung, Vergabe- und Zivilrecht werden.

## V. Fazit

Die Bundesregierung treibt die Modernisierung der digitalen Infrastruktur mit Milliardeninvestitionen und einer Optimierung des Rechtsrahmens voran, um Deutschland bis 2030 auf die „digitale Überholspur“ zu bringen. Insgesamt eröffnen diese Programme breite Marktchancen für Unternehmen entlang der Umsetzungskette – von Identitäts- und Bürgerkontoplattformen und Registerharmonisierung bis zum Netz- und Rechenzentrumsbau. Zugleich erhöhen enge Zeitrahmen und komplexe Verfahren den Druck: Vergabe-, Förder- und EU-Beihilferecht, Nachhaltigkeit und IT-Sicherheit sowie Kooperationen und PPPs müssen frühzeitig integriert werden. Wer interdisziplinär plant, rechtliche Compliance sicherstellt und belastbare Vertrags- und Kooperationsstrukturen etabliert, kann trotz absehbarer Engpässe bei Genehmigung und Beschaffung vom Transformationsschub profitieren. Die Agenda ist ambitioniert, finanziell abgesichert und europäisch eingebettet – ihr Erfolg hängt nun von schneller Umsetzung, rechtlicher Klarheit und leistungsfähigen Partnerschaften ab.

# Autorinnen und Autoren



## Katrin Andrä

Rechtsanwältin, Partnerin  
Charlottenstraße 57, 10117 Berlin  
[katrin.andrae@noerr.com](mailto:katrin.andrae@noerr.com)  
T +49 151 12190271



## Dr. Tobias Bosch, J.S.M. (Stanford)

Rechtsanwalt, Partner  
Charlottenstraße 57, 10117 Berlin  
[tobias.bosch@noerr.com](mailto:tobias.bosch@noerr.com)  
T +49 172 6739235



## Dr. Carsten Bringmann

Rechtsanwalt, Associated Partner  
Charlottenstraße 57, 10117 Berlin  
[carsten.bringmann@noerr.com](mailto:carsten.bringmann@noerr.com)  
T +49 151 51758273



## Dr. Torsten Kraul, LL. M. (London)

Rechtsanwalt, Partner  
Charlottenstraße 57, 10117 Berlin  
[torsten.kraul@noerr.com](mailto:torsten.kraul@noerr.com)  
T +49 170 5284050